

Perke Heldt

„Meidet Westerland, so lange, bis dieser Massenmörder abgetreten ist“

Über den SS-General und Bürgermeister Heinz Reinefarth, die Meldung in einer Gewerkschaftszeitung und die Haltung von DGB und SPD (1956–58).

Die Stadt Westerland auf Sylt ist 1956 auf einem guten Weg. Feriengäste kommen wieder auf die Insel, um sich zu erholen. Seit dem letzten Jahr verzeichnen die Inselorte mehr als eine Million Übernachtungen. Die Arbeitslosigkeit nimmt ab, die Flüchtlingslage entspannt sich zusehends und auch die Infrastruktur verbessert sich durch Mittel aus finanziellen Förderprogrammen.¹ Die Parteien und Gewerkschaften laden zu Versammlungen ein, die gewählten Vertreter berichten von den Fortschritten ihrer Arbeit in den Gremien von Stadt und Kreis. Das Wirtschaftswunder zeichnet sich ab und die Demokratie hat Einzug gehalten. Krieg und Nazi-terror sind seit elf Jahren vorbei, die NS-Prominenz wurde zwar in Nürnberg verurteilt, aber eine öffentliche Auseinandersetzung oder die historische Aufarbeitung der Verbrechen sind noch nicht im Gange.

Und das ist gut für den Westerländer Bürgermeister Heinz Reinefarth, der 1951 in dieses Amt gewählt worden ist. Er ist eine schillernde Figur mit eindeutiger „brauner“ Vergangenheit. Seine brutale Verstrickung in die Verbrechen der NS-Zeit hat er über Jahre verschleiern und schmälern können. Höfliche Umgangsformen und ein bescheidenes Auftreten trugen sicher dazu bei, seinen Relativierungen zu glauben, zumal die juristische Aufarbeitung seiner Taten beim Warschauer Aufstand 1944 bis zum Schluss ohne Verurteilung bleiben würde. Die lokalen Akteure und Institutionen haben – auch vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen und touristischen Wiederauflebens der Stadt Westerland – kein Interesse, ernsthafte Nachforschungen über Reinefarths mörderische Rolle anzustellen. Dieses Wechselspiel ermöglicht es ihm, mehr als zehn Jahre im Amt des Bürgermeisters zu verbleiben und sogar in den Landtag einzuziehen. Seine Geschichte ist ein Lehrstück der bundesdeutschen Nachkriegsdemokratie.

Was aber passiert, wenn dieses funktionierende Wechselspiel gestört wird wie 1956 durch eine Mitteilung in der Gewerkschaftszeitung „Einigkeit“ oder 1958 durch die überregionale Presse? Das soll hier erzählt werden. Für die beteiligten Gewerkschafts- und Parteienvertreter sind die Ereignisse kein Ruhmesblatt. Doch zurück zum Anfang und zu ein paar Lebens- und Karrieredaten des SS-Generals und Bürgermeisters Heinz Reinefarth:

1 Innerhalb Schleswig-Holsteins zeichnete sich in der wirtschaftlichen Entwicklung ein deutliches Gefälle zwischen dem Norden und dem Süden des Landes ab. Mit finanzieller Unterstützung des Bundes wurde das Programm Nord aufgelegt, mit dem Landgewinnung, Straßenbau und Flurbereinigung gefördert werden sollten. Dieses Programm wirkte überwiegend auf dem Festland, so dass es besondere Mittel „zur Stärkung der Wirtschaftskraft auf den Inseln“ gab.

Heinz Reinefarth – ein „überzeugter Nationalsozialist“

1903 in Gnesen, im heutigen Polen, geboren, wächst Reinefarth in einem gutbürgerlichen Haushalt auf, sein Vater ist Landgerichtsrat. Sohn Heinz² studiert Jura und lässt sich 1932 in Cottbus als Rechtsanwalt nieder. Im gleichen Jahr wird er Mitglied der NSDAP und kurz darauf auch der SS. Er hat eine gutgehende Kanzlei und profiliert sich zum Beispiel mit der Verteidigung von SS-Männern, die ein Haus der „Jüdischen Siedlungs- und Heimstätten-Genossenschaft“ in Groß Gaglow in die Luft gesprengt haben. Der Landgerichtspräsident von Cottbus charakterisiert Reinefarth als befähigten Rechtsanwalt mit tadelloser Führung: „Er hat einen festen Charakter, ist gerechtigkeitsliebend, entschlußkräftig, verantwortungsbewusst, gewissenhaft, kameradschaftlich. Er ist überzeugter Nationalsozialist“.³



Bürgermeister Heinz Reinefarth auf der Westerländer Kurpromenade. (Quelle: Hansa-Photo/Sylter Archiv)

1939 wird Reinefarth zur Wehrmacht eingezogen. Er ist beim Überfall auf Polen dabei und wird für seinen Einsatz beim Westfeldzug mit dem Eisernen Kreuz erster Klasse sowie dem Ritterkreuz ausgezeichnet. An der Ostfront erleidet er 1941 Erfrierungen und wird vorerst dienstuntauglich. 1942 ernennt Hitler ihn auf Vorschlag von Heinrich Himmler, der längst auf ihn aufmerksam geworden ist und ihn fördert, zum SS-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei. Es folgen verschiedene Verwaltungstätigkeiten und Aufgaben als Höherer SS- und Polizeiführer⁴ im Reichsgau Wartheland. Dort setzen in allen wichtigen staatlichen Positionen

- 2 Reinefarths Karriere in der NS-Zeit, seine Rolle bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes, die Nachkriegszeit als Bürgermeister und Landtagsabgeordneter sowie die Skandale der juristischen Aufarbeitung sind ausführlich beschrieben in: Philipp Marti: „Der Fall Reinefarth“. Eine biografische Studie zum öffentlichen und juristischen Umgang mit der NS-Vergangenheit. Neumünster 2014. Sie können hier nur sehr verkürzt wiedergegeben werden.
- 3 Personal- und Befähigungsnachweisung Personalakte Heinz Reinefarth, Reichsjustizministerium, gefunden in der Personalakte Reinefarth, LASH 786 Nr. 1543.
- 4 Vgl. Ruth Bettina Birn: Die höheren SS- und Polizeiführer. Himmlers Vertreter im Reich und in den besetzten Gebieten. Düsseldorf 1986.

gesinnungstreue Nationalsozialisten die Germanisierungspolitik Himmlers brutal um: Die polnische Bevölkerung wird vertrieben oder zu Zwangsarbeit verpflichtet – volksdeutsche Gruppen aus dem Baltikum, Russland und Südosteuropa werden angesiedelt. Daran arbeitet Reinefarth aktiv mit.

Im Wartheland werden schon früh Ghettos und Zwangsarbeitslager für Juden eingerichtet. Mit dem Kommandanten des Vernichtungslager Kulmhof/Chełmno pflegt Reinefarth persönlichen Kontakt, von der Liquidierung des Ghettos Litzmannstadt/Łódź und dem Transport der dort verbliebenen 70.000 Juden nach Auschwitz hat er Kenntnis.⁵

Die Niederschlagung des Warschauer Aufstandes

Schon seit 1942 kämpft die polnische „Heimatarmee“ gegen die deutsche Besatzung⁶, allerdings unzureichend ausgestattet und nur zögerlich von der Roten Armee unterstützt. Als 1944 die deutsche Heeresgruppe Mitte zusammenbricht, erwartet die polnische „Heimatarmee“ wohl deshalb den baldigen Zusammenbruch der gesamten Ostfront. Auch die Rote Armee ist auf dem Vormarsch. Es kommt am 1. August in Warschau zu schweren Kämpfen. Heinrich Himmler will ein Exempel statuieren. Sein Befehl lautet, die gesamte polnische Bevölkerung in Warschau umzubringen und die Stadt dem Erdboden gleich zu machen. Für die schonungslose Niederschlagung des Aufstandes holt er Heinz Reinefarth, den verdienten Frontkämpfer, um die deutschen Kampfgruppen zu befehligen.

Zu den Reinefarth unterstellten Einheiten gehören das SS-Sonderregiment Dirlwanger mit kriminellen Gewalttätern und die Kaminski-Brigade mit russischen Kollaborateuren. Sie gehen äußerst brutal und rücksichtslos vor. Es kommt zu Massenmorden und Gewaltexzessen, zu Plünderungen und Vergewaltigungen, denen Frauen, Minderjährige und Kinder zum Opfer



Generalleutnant der Waffen-SS und Polizei Heinz Reinefarth in Warschau. Neben ihm Erich von dem Bach Zelewski, SS-Obergruppenführer, in Warschau. (Foto: LASH, Abt. 354 Nr. 11260)

5 Vgl. Marti: Fall, S. 49. Philipp Marti schreibt Reinefarth keine zentrale Rolle bei der Ermordung der Juden zu. Dies entlaste ihn allerdings nicht von seiner Rolle als aktiver Mitwisser. Es gibt auch keine Hinweise, dass er die verbrecherischen Vorgänge nicht billigte, geschweige denn versuchte, sie zu verhindern. Vgl. Marti: Fall, S. 47–51.

6 Vgl. Bernhard Chiari: Die polnische Heimatarmee. Geschichte und Mythos der Armia Krajowa seit dem Zweiten Weltkrieg (Beiträge zur Militärgeschichte 57). Oldenburg/München 2003; Hanns von Krannhals: Der Warschauer Aufstand. Frankfurt/Main 1962.

fallen. Tausende von Zivilisten werden aus ihren Häusern gezerrt, zu improvisierten Hinrichtungsstätten gebracht und regelrecht abgeschlachtet. Mehrere zehntausend Zivilisten verlieren allein am 5. August durch die Reinefarth unterstellten Einheiten im Stadtteil Wola ihr Leben. Erich von dem Bach-Zelewski, der am Abend des gleichen Tages den Oberbefehl über die deutschen Kräfte übernimmt, folgt Himmlers Anweisungen nicht so wörtlich wie Reinefarth und beschränkt die Erschießungen auf die Männer. Frauen, Kinder und alte Leute sollen in Sammellager abgeschoben werden. Brutale Übergriffe gibt es jedoch weiterhin.

In Anlagebänden des Kriegstagebuches der 9. Armee findet sich Reinefarths zynischer Kommentar: „Was soll ich mit den Zivilisten machen? Ich habe weniger Munition als Gefangene.“⁷

Die Kämpfe ziehen sich fast zwei Monate hin, bis am 2. Oktober 1944 der polnische Oberbefehlshaber Komorowski die Kapitulation unterzeichnet. Mehr als 100.000 Warschauer Bürgerinnen und Bürger werden zur Zwangsarbeit und in Konzentrationslager verschleppt, nach Schätzungen sind um die 200.000 Menschen umgekommen. Reinefarth wird als Held gefeiert und bekommt weitere Auszeichnungen.

Im Februar 1945 erhält Reinefarth von Hitler – die Rote Armee ist weiter auf dem Vormarsch – die Befehlsgewalt über die Festung Küstrin. Als diese nicht mehr zu halten ist, evakuiert er den Ort auf Drängen seines Stabes. Er rettet damit Leben, hat sich aber Hitlers Befehl widersetzt, wird verhaftet und soll vor ein Kriegsgericht gestellt werden. In den Wirren der letzten Kriegstage kommt er frei, gerät nach Kriegsende für drei Jahre in amerikanische Kriegsgefangenschaft. Er wird nicht an Polen ausgeliefert, wo ihm die Todesstrafe gedroht hätte.⁸ Dabei kommen ihm seine höflichen und vertrauenerweckenden Umgangsformen zu Gute, er arbeitet freundlich mit, beantwortet alle Fragen und ist anpassungsfähig. Er stilisiert sich zum selbstlosen Retter der Küstriner Bevölkerung, der für seine Weigerung, den Befehl Hitlers auszuführen, sogar die Todesstrafe in Kauf genommen hätte. 1948 kommt er auf die Insel Sylt, wo seine Familie schon vor zwanzig Jahren ein Haus gekauft hat.

Im Spruchgerichts- und Entnazifizierungsverfahren freigesprochen

Im Verfahren 1949 vor einer Kammer des Spruchgerichts für die britische Zone in Hamburg-Bergedorf, die nur ein summarisches Verfahren durchführt, stellt sich Reinefarth geschickt als unwissend dar und schmälert seine Bedeutung.⁹ Man glaubt seinen Aussagen, denen seines Vorgesetzten von dem Bach-Zelewski und weiterer Zeugen, ohne sie jedoch zu überprüfen. So mogelt sich Reinefarth durch – wie viele andere Nazi-Täter auch. Etwa ein Drittel aller Angeklagten ging damals straffrei aus, darunter viele Nazigrößen.¹⁰ In Schleswig-Holstein gab es bei

7 Zit. nach Marti: Fall, S. 59; vgl. zum Vorgesagten ebd., S. 55–66.

8 Nach Marti wurde Reinefarth von den Amerikanern als Militär wahrgenommen, der für sie von Nutzen sein könnte. Die Spionage-Abwehr des US-Heeres, interessiert an der Sowjetunion und kommunistischen Bewegungen in Europa, setzte auf Reinefarths Erfahrung bei der „Bandenbekämpfung“. Er konnte zwar nichts beitragen, wurde aber dennoch vor der Auslieferung geschützt. Vgl. Marti: Fall, S. 84ff.

9 Spruchgerichtsurteil Hamburg-Bergedorf vom 21. Juni 1949, IfZ München, Akte SP 50 (früher MC 37). Vgl. zu den Spruchgerichtsverfahren Friedrich Meyer-Abich: Die deutschen Spruchgerichte für die britische Zone. Hamburg 1947.

10 Die Spruchkammern der britischen Besatzungsmacht sahen vor, die Angehörigen der als „verbrecherisch“ erklärten Organisationen als sogenannte „Kenntnisverbrecher“ separat zu bestrafen. So sollte die

den Entnazifizierungsverfahren der Alliierten nicht einen einzigen, der in die Kategorie „Hauptbeschuldiger“ oder „Schuldiger“ fiel, die meisten waren „Mitläufer“ oder „Entlastete“.¹¹

Vom deutschen Entnazifizierungshauptausschuss für den Bezirk Flensburg wird Reinefarth in die Kategorie IV „Mitläufer“ eingestuft. Dagegen erhebt er erfolgreich Widerspruch und gilt fortan als „Entlasteter“. Zur Begründung wird das Bergedorfer Verfahren herangezogen: „...ergibt klar, dass der Betroffene nicht nur in seiner militärischen, sondern auch in seiner ganzen politischen Gegeneinstellung zum Nationalsozialismus wiederholt Leben und Stellung aufs Spiel gesetzt hat. Unter ganz besonderer Schluss hervorhebung der Charaktereigenschaften des Betroffenen spricht das Spruchgericht ihn von jeglichen Verbrechen frei.“¹²

Bisher läuft es also gut für den „gerechtigkeitsliebenden überzeugten Nationalsozialisten“. Sein gesellschaftlicher Aufstieg geht weiter. Die Bescheide aus der Entnazifizierung prägen fortan Reinefarths Selbstbild vom Unbelasteten und Widerstandskämpfer, das er auch für die Öffentlichkeit verbindlich festlegen möchte. Er wird sich immer wieder auf diese Bescheide berufen und sie herumreichen. Ermutigt bewirbt er sich auf den Posten des Stadtdirektors in Westerland, wird aber abgewiesen. Er wird Mitglied beim BHE, dem Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten. Dieser wurde 1950 in Schleswig-Holstein gegründet – dem Bundesland mit dem größten Anteil an Flüchtlingen und Vertriebenen – und vertritt deren Interessen. Im BHE organisieren sich aber auch ehemalige Nationalsozialisten, weshalb der Block eine zentrale Rolle bei deren Wiedereingliederung in den öffentlichen Dienst und dem Ende der Entnazifizierung spielt.¹³

Auch Reinefarth kümmert sich um die Nöte der zahlreichen Flüchtlinge auf der Insel. 1956 hat Westerland 8.518 Einwohner, darunter 2.150 Flüchtlinge, von denen einige immer noch in Lagern in Dikjen Deel, in der Schützen- und der Norderstraße untergebracht sind.¹⁴ Es fehlt an Wohnraum, Arbeit und Lebensmitteln, aber auch am Verständnis der Einheimischen. Reinefarth, der von beiden Seiten respektiert wird, kann vermitteln und wird in die Stadtvertretung gewählt. Eine Zulassung als Rechtsanwalt zieht sich hin, wird aber im November 1951 ausgesprochen, Notar wird er nicht.¹⁵ Als Anwalt praktiziert er nur kurze Zeit, denn Ende 1951 wird er zum Bürgermeister von Westerland gewählt.

NS-Elite abgeurteilt und die Justiz entlastet werden. Zu den „verbrecherischen“ NS-Organisationen zählten Militär und Ordnungspolizei damals noch nicht. Vgl. Marti: Fall, S. 78–87.

11 Vgl. Karl Heinrich Pohl: Überlegungen zur „Vergangenheitsbewältigung“ in Schleswig-Holstein nach 1945, in: Demokratische Geschichte Band 17 (2006), S. 209–220; Uwe Danker/Astrid Schwabe: Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus. Neumünster 2005, S. 175.

12 Spruchentscheidung vom 9. Dezember 1949, Kopie in der Akte DGB-Ortsausschuss Westerland 1956, F 31-12, Kreisarchiv Nordfriesland.

13 Der BHE erreichte bei den Landtagswahlen in SH 1950 aus dem Stand 23,4 Prozent der Stimmen, ab 1952 Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatlosen und Entrechteten. Vgl. Danker/Schwabe: Schleswig-Holstein, S. 166. Vgl. auch Franz Neumann: Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Partei. Meisenheim am Glan 1968.

14 Vgl. Sylter Rundschau vom 1. März 1956.

15 Vgl. Personalakte Reinefarth, Justizministerium, LASH 786 Nr. 1543.

Gegen die Stimmen von SPD und SSW zum Bürgermeister gewählt

Bei der Wahl, zu der mehrere Hundert Bürgerinnen und Bürger gekommen sind, spielt die Warschauer Mordaktion keine Rolle, vielmehr weist Reinefarth auf seine Laufbahn bei der Ordnungspolizei hin; das Spruchgericht Hamburg-Bergedorf habe ihn von der Anklage der Zugehörigkeit zur SS freigesprochen. Bürgervorsteher Schmidt lobt den angeblich mutigen Widerstandskämpfer: „Stadtrat Reinefarth hat in seiner bekannten Bescheidenheit bisher nie davon gesprochen, daß er aus Küstrin heraus nicht weniger als 22.000 Zivilisten herausgerettet habe. Ebenso habe er mit 800 Mann den Durchbruch erzielt. Aus diesem Grunde hat er unter Drohung der Todesstrafe, lange Zeit in Torgau gesessen und sollte vom Reichsgericht deshalb zum Tode verurteilt werden.“¹⁶ Gewählt wird Reinefarth mit den elf Ja-Stimmen des BHE, des Westerländer Ordnungsblocks (WOB) und des parteilosen Andreas Nielsen, vormals SPD. Die drei Sozialdemokraten und zwei SSW-Vertreter stimmen gegen ihn, zwei weitere SSW-Abgeordnete und Reinefarth selbst enthalten sich.

Er ist bei den Westerländer Bürgerinnen und Bürgern durchaus beliebt, geht Probleme pragmatisch an und verhält sich politisch ausgleichend. Ihm werden Tatkraft und Führungsstärke zugetraut, die es braucht, um die soziale Notlage und die Wohnungsnot zu lindern und die Stadt auch wirtschaftlich voranzubringen. In einem Artikel „Der Bürger und die Gemeinde“ erläutert er die Arbeit der gewählten Stadtvertreter und des Magistrats und lädt zu Bürgerbeteiligung ein. Er will von Fall zu Fall die Vorsitzenden der maßgebenden Westerländer Organisationen zu Besprechungen einladen und so die offene Mitarbeit der Bürger fördern. Er weist auf die Saisonverlängerung, Milderung der Wohnungsnot und Arbeitsbeschaffung hin, für die die Finanzierung sichergestellt werden müsse. „Es ist also nicht allein damit getan, gute Einfälle zu haben, sondern die größte Schwierigkeit besteht darin, die praktische Durchführung zu gewährleisten. Diese Hindernisse zu überwinden, soll das Ziel unserer gemeinsamen Arbeit sein.“¹⁷ – Ein ehemaliger SS-General ist in der Demokratie der 1950er Jahre angekommen.

„Meidet Westerland, so lange, bis dieser Massenmörder abgetreten ist“

Reinefarths Vergangenheit spielt in den folgenden Jahren weder in der Westerländer Stadtvertretung noch im Kreistag Südtondern, wo er ebenfalls ein Mandat für den BHE wahrnimmt, eine Rolle. Und erst recht nicht in der Öffentlichkeit, bis im April 1956 völlig überraschend ein Artikel in der Mitgliederzeitschrift „Einigkeit“ der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) für Aufregung sorgt. Darin heißt es:

„Von Warschau nach Westerland:

Sie sitzen wieder im Speck – die Maden mit dem Hakenkreuz, und mästen sich an der demokratischen Krippe. 1943 brach der Aufstand der Warschauer Bevölkerung aus – er wurde von Polizei, Wehrmacht und SS-Einheiten blutig niedergeschlagen, Kampfgruppenkommandeur war damals SS-Gruppenführer und General der Polizei Heinz Reinefarth. Er ist heute Bürgermeister des Badeortes Westerland auf der Insel Sylt. Unsere Mitglieder bitten wir, bei ihrer Ferienplanung diese Tatsache zu berücksichtigen. Meidet Westerland, so lange, bis dieser Massen-

¹⁶ Zit. nach Sylter Rundschau vom 6. November 1951.

¹⁷ Zit. nach Sylter Rundschau vom 5. Januar 1952.

mörder abgetreten ist.“ Dazu erscheint eine Zeichnung, die Reinefarth in SS-Uniform zeigen soll, er steht inmitten von Strandkörben und Sandburgen und wird zitiert: „Westerland? Na ja, ganz schön, aber Se hätten mich mal in Warschau sehen soll'n.“¹⁸

Der Artikel ist mit dem Kürzel H.N. gekennzeichnet. Das steht für Hans Nätscher, der seit 1951 Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) ist. Er verantwortet gemeinsam mit dem Redakteur Wilhelm Sprenger die „Einigkeit“.¹⁹

Regelmäßig erscheint dort seine Kolumne unter der Rubrik „Augen rechts“, die sich mit der strafrechtlichen Verfolgung von NS-Verbrechen beschäftigt und die viel zu geringen Strafen für Mordtaten anprangert. Er warnt vor rechten Umtrieben und Netzwerken der „alten Kämpfer“. Nätscher kritisiert auch die hohen Pensionen, die an ehemalige NS-Funktionäre gezahlt wurden, während Opfer und Verfolgte um Wiedergutmachung kämpfen mussten. Die Artikel sind – so wie der über Reinefarth – meinungsstark und nicht zimperlich in der Wortwahl, immer werden Namen genannt. Als der ehemalige Polizeipräsident von Lübeck, Walther Schröder, 1956 Schadenersatz in Höhe von 53.000 DM einklagen will, weil die Briten seine Dienstvilla beschlagnahmt hatten, spricht Nätscher von „Nazi-Geschmeiß“, dem das Handwerk gelegt werden müsse.²⁰ Und bei Martin Sommer, dem „Henker von Buchenwald“, dessen Verfahren 1956 unterbrochen wird und der als Kriegsversehrter 10.000 DM Pensionsnachzahlung und 300 DM monatliche Rente beantragt, platzt Nätscher der Kragen:



Der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten Hans Nätscher. (Foto: Gewerkschaft NGG)

„...Er war und ist einer der größten Naziverbrecher, die das tausendjährige Reich hervorgebracht hat. Mit schwarzen Handschuhen versah er sein fürchterliches Handwerk. Die einfachste Todesart, die Sommer wählte, war die, daß er dem Todeskandidaten einen Strick um den Hals legte und ihn eigenhändig am Heizkörper oder am Fensterkreuz aufhing. Viele Häftlinge wurden aber von Sommer auch einfach mit einem Dreikanteisen erschlagen. (...) Seit Juli 1955 ist Anklage erhoben, da aber ständige ärztliche Gutachten bescheinigen, dass Sommer verhand-

18 Einigkeit Nr. 7 vom 1. April 1956.

19 Hans Nätscher (1890–1984) war seit 1914 Mitglied der SPD. Bis zur Machtübernahme der Nazis war er Gewerkschaftssekretär beim Zentralverband der Fleischer in Nürnberg. Am 1. Mai 1933 wurde er verhaftet und verbrachte bis 1936 die meiste Zeit in Schutzhaft. 1939 wurde er zur Wehrmacht eingezogen und kurze Zeit später beim Technischen Notdienst als Totengräber eingesetzt. Nach dem Krieg engagiert er sich beim Wiederaufbau der Gewerkschaften. Vgl. 150 Jahre NGG. URL: <https://150.ngg.net/menschen-in-der-ngg/hans-naetscher/index.htm>, (zuletzt aufgerufen: 22.10.2021).

20 Einigkeit Nr. 3 vom 1. Februar 1956.

*lungs- und haftunfähig ist, lebt dieser viehische Massenmörder in Freiheit und genießt sogar Stadurlaub. (...) Warum hat man keine Möglichkeit, den Prozeß auch ohne Sommer zu führen und warum hat man nach dem Zusammenbruch dieses Schwein nicht gleich aufgehängt?*²¹

So zugespitzt formulieren andere Gewerkschaften nicht. In der „Metall“, der Mitgliederzeitung der IG Metall, finden sich unter der Rubrik „unter der Lupe“ seltener Hinweise auf Altnazis. Der Fall Walther Schröders aus Lübeck ist hier viel geschmeidiger formuliert: *„... Mit einer Unverfrorenheit ohnegleichen fordern bereits seit längerer Zeit die Nutznießer des Dritten Reiches, die Mitverantwortlichen für Not und Elend eines ganzen Volkes, von den Behörden Wiedergutmachung. Und wofür? Für den ‚Schaden‘, den sie nach dem Zusammenbruch ihrer eigenen Schreckensherrschaft erlitten haben. Da verlangt ein NS-Polizeipräsident außer einer riesigen Pension jetzt eine ‚Wiedergutmachung‘ zwischen 50.000 und 100.000 DM.“*²²

Die Artikelserie „Augen rechts“ entstand nach einer Diskussion auf dem Gewerkschaftstag 1953, wo verschiedene Redner darauf hingewiesen hatten, wie notwendig es sei, rechtsnationale und faschistische Tendenzen in der jungen Bundesrepublik zu bekämpfen.²³ Als Quellen für seine Rubrik nennt Nätischer die Tageszeitungen und amtliche Informationen. Im Fall von Reinefarth unterläuft ihm dabei ein Fehler. Den nationalpolnischen Aufstand verlegt er ins Jahr 1943. Da fand jedoch der Aufstand im Warschauer Ghetto statt, das 1940 im Stadtzentrum eingerichtet worden war. An dessen Niederschlagung war Reinefarth nicht beteiligt. Bis zu 450.000 Jüdinnen und Juden waren dort zusammengepfercht, lebten unter erbärmlichsten Bedingungen und von Mauern eingezäunt. Der Aufstand richtete sich 1943 gegen die täglichen Deportationen in Vernichtungslager. Völlig unzureichend bewaffnet kämpften die Jüdinnen und Juden dennoch wochenlang bis zur vollständigen Niederschlagung im Mai 1943. Die beiden Massaker werden bis in die heutige Zeit hinein verwechselt.²⁴

Grund für Nätischers Gepolter ist die fehlgeschlagene Entnazifizierung, für die der Fall Reinefarth nur ein Beispiel bildete. Bereits 1951 ist sie durch entsprechende Gesetze des Bundes und der Länder gestoppt worden. Während Opfer des NS-Regimes oft jahrzehntelang um Wiedergutmachung kämpfen, erhalten Belastete nun Versorgungsansprüche und Arbeitsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst zurück. Das führt in Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen Bundesländern zu extrem hohen Quoten: Schon 1947 ist bereits siebzig bis achtzig Prozent der mit Verbrechen belasteten Juristen zurück im Landesdienst.²⁵ Und in der Landesregierung gibt es 1950 nur einen Minister, der nicht Mitglied der NSDAP gewesen war – Innenminister

21 Einigkeit Nr. 21 vom 1. November 1956. Sommer wurde 1958 zu lebenslanger Haft verurteilt. Sein Verfahren wurde von der Presse begleitet und die Öffentlichkeit erfuhr zum ersten Mal von der unglaublichen Brutalität der KZ-Wachmannschaften. Das führte zu Diskussionen über die Strafverfolgung von NS-Verbrechen. Vgl. Thomas Greif: Martin Sommer (1915–1988) war der „Henker von Buchenwald“. In: Thomas Greif (Hrsg.): Kaiser, Kanzler, Rummelsberger. 21 Fußnoten deutscher Geschichte. Begleitband zur Ausstellung im Diakoniemuseum Rummelsberg. Lindenberg 2017, S. 165–177.

22 Metall Nr. 4 vom 22. Februar 1956.

23 Jahrbuch der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, 1956–57, S. 271.

24 Frank Rosemann: Westerland. 100 Jahre Stadt, 150 Jahre Bad. Sylt 2005. Hier wird Reinefarth als „bewährter Kämpfer ... auch im Warschauer Ghetto“ erwähnt.

25 Holger Otten: „Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen!“. In: Urs J. Diederichs/Hans-Hermann Wiebe (Hrsg.): Schleswig-Holstein unterm Hakenkreuz. Bad Segeberg 1985, S. 193–208. Siehe auch Uwe Danker (Hrsg.): Geteilte Verstrickung: Elitenkontinuität in Schleswig-Holstein. Husum 2021.

Paul Pagel von der CDU. „Schleswig-Holstein stellt fest, dass es in Deutschland nie einen Nationalsozialismus gegeben hat“, ironisiert der sozialdemokratische Oppositionsführer im Kieler Landtag, Wilhelm Käber, das Scheitern der Entnazifizierung.²⁶ Von den Landtagsabgeordneten sind 1954 knapp 44 Prozent frühere NSDAP-Mitglieder, 1958 sogar 51 Prozent, darunter zwölf Prozent, die man als Stützen des NS-Regimes bezeichnen kann.²⁷

Die NGG ist eine von sechzehn Gewerkschaften, die sich innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zusammengeschlossen haben, und sie ist mit 274.752 Mitgliedern im Jahr 1956 eine der kleinsten. Die Mitgliederzeitschrift „Einigkeit“ wird zweimal im Monat an die Mitglieder und in die Betriebe verteilt, für die die NGG zuständig ist – Lebensmittelherstellung, Getränkeproduktion, Tabakindustrie, Gastgewerbe.

Der Westerbänder DGB-Ortsausschuss ist nicht begeistert

Von der Ausgabe 7 mit dem Text über Reinefarth erhält auch der DGB-Ortsausschuss Westerland Kenntnis. Dort treffen sich ehrenamtliche Gewerkschaftsmitglieder, tauschen sich über ihre jeweiligen Branchen aus und organisieren die 1.-Mai-Veranstaltung. Vorsitzender ist Heinz Kroll von der IG Metall. Die Veröffentlichung in der „Einigkeit“ sorgt für erhebliche Unruhe, so dass am 8. April 1956 eine außerordentliche Sitzung ohne die übliche Einladungsfrist und ohne schriftliche Einladung anberaumt wird.²⁸ Erschienen sind VertreterInnen der IG Metall, der IG Druck und Papier, der Deutschen Postgewerkschaft, der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), der IG Bau-Steine-Erden und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, aber niemand von der NGG.

Anwesend ist auch der hauptamtliche Gewerkschaftssekretär Hans Wilkens, der das Büro des DGB-Kreises Südtondern leitet, zu dem die Insel Sylt gehört. Er unterrichtet seine Kollegen über den Artikel über Reinefarth, der dem Bürgermeister von „Arbeitgeberseite in Hamburg zuge stellt“ worden sei. Wahrscheinlicher ist aber, dass er auf anderem Weg Kenntnis erhalten hat, denn: „ein grosses Plakat war an das Rathaus geheftet mit der Aufschrift: Lesen! Lesen ‚Zeitung Einigkeit‘ lesen, lesen – von Warschau nach Westerland.“²⁹ Auch weitere BürgerInnen hätten die NGG-Zeitung gesehen, denn beim Magistrat seien anonyme Schreiben und offizielle Anrufe eingegangen, so dass auch dieses Gremium sich nunmehr mit dem Fall befassen werde.³⁰

Die Gewerkschafter glauben nicht daran, dass ihr Bürgermeister sich schuldig gemacht haben könnte, weil „bei dem Vorwurf des Massenmordes der Staatsanwalt von sich aus zum Eingreifen verpflichtet sei“. Reinefarth habe auch versichert, bei der Ghettoniederschlagung 1943 (!) in Warschau nicht dabei gewesen zu sein. Diese Notiz sei falsch. Immerhin habe der Weg Reinefarths über „Nürnberg“ unter den seinerzeitigen Verhältnissen und den damaligen entscheidenden Gerichten geführt.

26 Zit. nach Robert Bohn: „Schleswig-Holstein stellt fest, dass es in Deutschland nie einen Nationalsozialismus gegeben hat“. In: Demokratische Geschichte, Band 7 (2006), S. 173–186, hier S. 173.

27 Vgl. Uwe Danker/Sebastian Lehmann-Himmel: Landespolitik mit Vergangenheit. Husum 2017.

28 Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Ortsausschusses des DGB am 8. April 1956, Kreisarchiv Nordfriesland.

29 So heißt es in einem Schreiben von Hans Wilkens an den DGB-Landesbezirk in Hamburg vom 10. April 1956, DGB-Ortsausschuss, Kreisarchiv Nordfriesland.

30 Ebd. Magistratsprotokolle aus dem Jahr 1956 sind leider nicht vorhanden.

„Und dann wird der Boykott Westerlands gefordert, ohne mit den örtlichen Organisationen Fühlung genommen zu haben!“ Das finden die Gewerkschafter besonders empörend. Wilkens befürchtet Regressansprüche und weist auf die gute Zusammenarbeit mit Reinefarth im Verwaltungsausschuss des Arbeitsamtes Flensburg hin. „...seitdem falle nun nach dieser Notiz ein schlechtes Licht auf die örtlichen Funktionäre“, denn der Bürgermeister habe geglaubt, daß die Notiz von ihnen aus politischen Gründen in die Zeitung lanciert worden sei.³¹

Das will man nicht auf sich sitzen lassen, zumal sich Hans Wilkens für die Sozialdemokraten auch im Kreistag Südtondern und in der Westerländer Stadtvertretung engagiert. Zwischen der SPD und Reinefarths BHE gibt es naturgemäß Unterschiede, aber Reinefarth verfügt über die Fähigkeit, mit allen politischen Partnern vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. So wirken beide erfolgreich daran, vom Kreis Fördermittel für ein Jugendheim und die Modernisierung des Kursaals aus dem Topf zur „Steigerung der Wirtschaftskraft auf den Inseln“ zu erhalten.³²

Im Sinne der Beschäftigten stellen sich beispielsweise beide im Südtonderaner Kreisausschuss auch gegen die CDU-Mehrheit, als es um die Mitbestimmung des Personalrates bei Personalangelegenheiten geht. Der Kreisausschuss ist für Einstellungen, Entlassungen, Höhergruppierungen oder Versetzungen zuständig und Hans Wilkens beantragt, bei allen Beratungen den Personalrat anzuhören. Dem wollen die CDU-Vertreter nicht folgen und Reinefarth schlichtet mit dem Vorschlag, bei unterschiedlichen Meinungen in einer Personalsache nicht nur die Verwaltung, sondern auch den Personalrat zu hören und ihn darüber hinaus auch bei Versetzungen zu beteiligen. Der Kreisausschuss gehe „mit diesem Beschluß bewußt über die Regelung des Personalvertretungsgesetzes hinaus“, heißt es im Protokoll.³³ Das ist ganz im Sinne des Gewerkschafters Hans Wilkens, der mit diesem Beschluss auch die Bedeutung des DGB unterstreicht, Arbeitnehmerinteressen in der Kommunalpolitik umzusetzen.

Kein Interesse an einer ernsthaften Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit

In den 1950er Jahren ist der Zeitgeist geprägt vom Schweigen und Verdrängen der NS-Zeit, man hat mit der eigenen Not im Nachkriegsdeutschland zu kämpfen und ist schnell bereit, einen Schlussstrich zu ziehen. An einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit ihres Bürgermeisters haben auch die Westerländer Gewerkschafter kein Interesse. Der ist ein allseits anerkannter Amtsinhaber, da will man nicht den ersten Stein werfen – und da ist ja auch der juristische Freispruch. Die Entnazifizierungsurkunde aus Flensburg wird von Reinefarth wieder einmal vorgelegt, diesmal auch mit einer eidesstattlichen Erklärung von Hermann von Hanneken. Der saß mit ihm kurze Zeit im Wehrmachtsgefängnis in Torgau und beschreibt die gemeinsame Zeit im April 1945 so:

„Bei unseren täglichen Spaziergängen wurden wir häufig an den Hinrichtungspfählen vorbeigeführt, wo zeitweilig noch die Leichen der Erschossenen lagen. Reinefarth war durch diesen Anblick besonders niedergeschlagen und erwartete, dass auch ihn das gleiche Los treffen werde.

31 Alle Zitate Protokoll DGB-Ortsausschuss vom 8. April 1956, Kreisarchiv Nordfriesland.

32 Sylter Rundschau vom 8. März 1956.

33 Protokoll des Kreisausschusses vom 6. Juni 1955, Kreisarchiv Nordfriesland, KANF B1 Südtondern.

Da mir selbst gegenüber der aufsichtsführende Offizier des Flügels der in Untersuchungshaft befindlichen Offiziere geäußert hatte, dass er es bei den derzeitigen Zuständen auf Grund der Einstellung des Gerichts für sehr wahrscheinlich halte, dass Reinefarth in einem Schnellverfahren abgeurteilt würde und mit Todesstrafe rechnen müsse, teilte ich seine Bedenken.³⁴

Mit beiden Unterlagen soll offensichtlich noch einmal die gefährdete Lage des Bürgermeisters bei Kriegsende und seine angeblich saubere Weste hervorgehoben werden.

Die Westerlander Gewerkschafter sehen sich in der Defensive, fürchten innerhalb der Inselgemeinde um ihren Ruf und sehen sich gezwungen, innergewerkschaftlich zu handeln. Nur der Kollege von der IG Druck und Papier argumentiert, dass er nicht gegen die eigene Organisation – die NGG als eine Mitgliedsgewerkschaft des DGB – vorgehen möchte. Er sieht „in einer Klage (...) des Bürgermeisters gegen den Schreiber der Notiz den natürlichen Weg.“³⁵ Er wird überstimmt und die Gewerkschafter nehmen zum Artikel „Augen rechts“ wie folgt Stellung:

„1. Der Artikel ist erschienen ohne vorherige Rücksprache mit den örtlichen Gewerkschaften.

2. In der Sache selbst sind die örtlichen Gewerkschaften im Besitze gegenteiliger Unterlagen (Urteile). Darum bitten wir um Einsichtnahme in die Unterlagen, innerhalb von 4 Tagen, die dem Artikelschreiber für seine Behauptungen zur Verfügung standen.

3. Wir lehnen entschieden die Boykottaufforderung ab, die sich praktisch gegen ca. 1.200 organisierte Arbeitnehmer mit ihren Familien u. die gesamte Wirtschaft richtet.“³⁶

Sie wenden sich damit an den DGB-Landesbezirk in Hamburg. Schon einen Tag nach der außerordentlichen Sitzung wird die Sache in Niebüll dem Bezirksvorsitzenden Wilhelm Walter vorgetragen. Der sagt den Sylter DGB-Kollegen zu, mit Hans Nätscher eine Aussprache zu führen.

Hinter den Kulissen nimmt die Sache jetzt Fahrt auf. Gewerkschaftssekretär Wilkens wird davon unterrichtet, dass sich nicht nur der Magistrat mit dem Artikel über Reinefarth befasst habe, sondern wegen des Boykottaufrufes auch der Fremdenverkehrsverein, der Handels- und Gewerbeverein, das Hotel- und Gaststättengewerbe und die Kurverwaltung. Die Drohung steht im Raum, über den Landesverkehrsverein und den Deutschen Bäderverband öffentlich zu machen, dass die Gewerkschaft zu einem Boykott Westerlandes aufgerufen habe. Die Verbände fordern auch den Magistrat auf, Strafanzeige zu stellen.³⁷

Bei näherem Hinsehen ist das eine leere Drohung. Denn in diesem Fall würden nicht nur Reinefarth und seine tatsächliche Rolle beim Warschauer Aufstand 1944 in den Fokus geraten. Neugierige Journalisten könnten auch Nachforschungen über die Geschichte der Insel im „Dritten Reich“ anstellen: Während im Reich 1932 bei der Wahl des Reichspräsidenten noch

34 Abschrift der Spruchentscheidung vom 9. Dezember 1949 und Erklärung von Hanneken vom 11. März 1950 in der Akte DGB-Ortsausschuss, Kreisarchiv Nordfriesland. General von Hanneken (1890–1981) war 1941 an der Hungerpolitik Görings gegen Polen und die Sowjetunion beteiligt und wurde 1942 Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark. Er löste im August 1943 die Volksstreiks gegen die deutsche Besatzung aus. Im Januar 1945 wurde er wegen Korruptionsverdachts verhaftet, vor das Reichskriegsgericht gestellt und in Torgau gefangen gehalten. Siehe Ole Dostrop: Den haemmende kriger. Er portraet af general Hanneken (Der gehemmte Krieger. Ein Porträt des Generals von Hanneken). Odense 1997.

35 Protokoll vom 8. April 1956, DGB-Ortsausschuss, Kreisarchiv Nordfriesland.

36 Anlage zum Protokoll vom 8. April 1956, DGB-Ortsausschuss, Kreisarchiv Nordfriesland.

37 Vgl. Schreiben an den DGB-Landesbezirk Nordmark vom 10. April 1956, Kopie in der Akte DGB-Ortsausschuss, Kreisarchiv Nordfriesland.



Sie bestimmten 1956 die Politik in Westerland mit (von links): Walter Adelt, BHE, Peter Enkhardt, stv. Kurdirektor, Willi Schulz, SPD, Lorenz Jessen, CDU, Heinz Brauer, SSW, Heinz Reinefarth, Niko Ehlers, SPD, Dr. Richard Tamblé, SPD, Hugo Geertz, CDU, Karl Buchloh, Stadtbaumeister, Ernst-Wilhelm Stojan, SPD, Siegfried Hirschberger, SPD. (Foto: Hansa-Photo/Sylter Archiv)

Hindenburg die meisten Stimmen erhielt, stimmten alle Gemeinden auf Sylt schon mehrheitlich für Adolf Hitler.³⁸

Im Gegensatz zu Wenningstedt, das sich schon früh antisemitisch profilierte, warb Westerland lange um jüdische Feriengäste. Vielleicht befolgte deshalb 1934 kaum jemand die offizielle Anweisung des damaligen Bürgermeisters Schuldt, wonach Juden das Bad nicht mehr besuchen durften. Die anderen Sylter Kurorte sprachen 1938 ein Aufenthaltsverbot aus. In der Reichspogromnacht am 9. November 1938 wurden von Juden geführte Geschäfte und Pensionen beschädigt und später zwangsversteigert oder an „Arier“ verkauft.³⁹

Das Kriegsgesicht der Wehrmacht mit Sitz in Westerland fällte noch kurz vor Kriegsende Todesurteile, zum Beispiel gegen den zwanzigjährigen Soldaten Friedrich Rainer wegen Fahnenflucht. Er wurde am 16. April 1945 in einer Dünenenke südlich von Westerland erschossen. Die letzte Hinrichtung auf Sylt fand am 23. April statt. Entlastende Argumente wurden in den jeweiligen Urteilsbegründungen nicht vorgetragen, es kam den Marinerichtern auf Abschreckung an.⁴⁰

38 Vgl. Harald Voigt: Der Sylter Weg ins Dritte Reich. Münsterdorf 1977. Im ersten Wahlgang erhält Hitler 1.598, Hindenburg 1.430 Stimmen, im zweiten Wahlgang: Hitler 1.798 und Hindenburg 1.593 Stimmen.

39 Vgl. ebd., S. 108; Frank Bajohr: „Unser Hotel ist judenfrei“. Bäder-Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt 2003, S. 18, S. 122.

40 Vgl. Klaus Bästlein: Die Hinrichtung des Friedrich Rainer im April 1945 auf Sylt. Zur Rolle der deutschen Militärjustiz im Zweiten Weltkrieg. In: Grenzfriedenshefte 39 (1989) Heft 3, S. 110–125.

Sylt lebt im Wesentlichen vom Fremdenverkehr und einem guten Image. Westerland zählt 1956 schon wieder 47.140 kurtaxpflichtige Gäste mit 543.783 Übernachtungen, das ist eine ordentliche Steigerung zum Vorjahr. Die Aufenthaltsdauer beträgt durchschnittlich 11,5 Tage. Die meisten Gäste kommen aus Nordrhein-Westfalen und aus Hamburg. Sie verteilen sich auf die verschiedenen Berufsgruppen: Angestellte und Arbeiter: 17,2 Prozent, Selbständige und Kaufleute: 12,7 Prozent. Den größten Anteil stellen Ehefrauen und Frauen ohne Beruf: 22 Prozent.

Die Bahn befördert 22.271 Pkw und die Einnahmen aus den Strandkorbmieten betragen immerhin schon 216.656,01 DM.⁴¹

Die Insel gibt sich große Mühe, die Gäste bei Laune zu halten. In der Sylter „Kurzeitung“ werden sie namentlich begrüßt, das Saisonprogramm mit Tanz und Konzerten wird vorgestellt. Prominente wie Curd Jürgens schildern ihr schönstes Urlaubserlebnis auf der Insel. Fotowettbewerbe mit Schnappschüssen der Badegäste finden auch in überregionalen Zeitungen Beachtung.⁴² Dass es brummt, merken auch die Beschäftigten der Kurverwaltung. Die Gewerkschaft ÖTV handelt eine Erschwerniszulage für die Saisonbeschäftigten aus.⁴³ Der DGB-Landesbezirk Nordmark ist Träger des Jugenderholungsheimes am Mövenberg in List, wo jeweils hundert Jugendliche aus dem Bundesgebiet und Berlin einen vierzehntägigen Jahresurlaub verbringen können. Zur Einweihung im Mai sind dort bereits dreißig jugendliche Flüchtlinge ohne Angehörige untergebracht.⁴⁴

Die Gewerkschaften sind also mittendrin und wollen um keinen Preis Aufsehen oder schlechte Presse riskieren, die Arbeitsplätze auf der Insel gefährden könnten. Gegen das Störfeuer von außen halten sie fest zu ihrem Bürgermeister.

Nach einem persönlichen Gespräch mit Hans Wilkens erklärt Reinefarth sich bereit, mit einer Strafanzeige zu warten, „solange wir bemüht wären, die Sache selbst zu bereinigen.“⁴⁵ Er hat auch eine Bestätigung beigefügt, in der er erläutert, wo er sich in der Zeit von 1942 bis 1944 aufgehalten habe: „Unter Bezugnahme auf unsere gestrige Besprechung teile ich Ihnen mit, dass ich von Mitte 1942 bis Oktober 1943 als Generalinspekteur der Verwaltung in Prag und anschließend wieder als Chef des Rechtsamtes der Ordnungspolizei im Reichsministerium tätig war. Nach Warschau bin ich erstmalig am 10. August 1944 gekommen.“⁴⁶

An seine Ankunft in Warschau konnte Reinefarth sich schon bei den verschiedenen Vernehmungen nur vage erinnern und machte darüber sehr unterschiedliche Angaben. Die Daten schwanken zwischen dem 5. und 8. August. Nun ist es der 10. August und er entfernt sich immer weiter von seiner tatsächlichen Ankunft in den frühen Morgenstunden des 4. August 1944. Diesen Tag verbrachte er damit, den Angriff auf das Warschauer Stadtzentrum zu planen, sich mit der Wehrmacht abzustimmen und die verschiedenen Kompanien zu organisieren. Am 5. August erklärte Reinefarth seinen Einsatzkräften, dass man es mit einem erbitterten Feind zu tun habe, der Grausamkeiten an deutschen Soldaten begehe. Himmlers Vernichtungsbe-

41 Kurbericht 1956, Sylter Archiv.

42 Die Sylter Kurzeitung erscheint zweimal im Monat von März bis September, Ausgaben 1956.

43 Vgl. Protokoll der Stadtvertreterversammlung vom 1. Februar 1957, Sylter Archiv.

44 Vgl. Sylter Rundschau vom 26. Mai 1956.

45 Schreiben von Hans Wilkens an den DGB-Landesbezirk Nord vom 10. April 1956, Kreisarchiv Nordfriesland.

46 Abschrift des Schreibens von Bürgermeister Reinefarth an Kreissekretär Wilkens vom 10. April 1956, Akte DGB-Ortsausschuss, Kreisarchiv Nordfriesland.

fehl solle daher rasch umgesetzt werden. Das wahllose Morden an der Zivilbevölkerung begann.⁴⁷

Allerdings überprüfen weder die NGG noch der DGB-Landesbezirk diese falsche Angabe, aber sie wollen Nachforschungen anstellen und davon abhängig machen, ob der „gesamte Komplex in Bezug auf die Person des Bürgermeisters nochmals aufgerollt wird.“⁴⁸ Ob oder wie das geschieht, lässt sich nicht mehr klären. Ein Ergebnis taucht in den vorliegenden Akten nicht auf.

Der Kurdirektor mischt sich ein

Mit einem Schreiben an das „Zentralorgan der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten ‚Einigkeit‘“, mischt sich der Kurdirektor der Stadt Westerland, Hans Petersen, in die Debatte ein. Er spricht von „der schweren und in ihrer Ungeheuerlichkeit nicht mehr zu überbietenden Beleidigung und Diffamierung der Person unseres Bürgermeisters.“ Den Appell zum Boykott der Insel sieht er auch gegen die fast ausschließlich vom Fremdenverkehr lebende und abhängige Bevölkerung der Stadt und der Insel gerichtet. Petersen hebt hervor, dass die Kommunalverwaltung, die Wirtschaftsorganisationen und auch der DGB-Kreisausschuss „in vorbildlichem Zusammenwirken alles in ihren Kräften stehende getan haben, um die schmale Existenzbasis der auf unserer Insel lebenden 20.000 Menschen allmählich wieder zu verbreitern.“ Nach dem Krieg habe der Fremdenverkehr fast zehn Jahre brach gelegen, der Prozess der Stabilisierung müsse weitergehen. So sei Kreissekretär Wilkens Vorsitzender des von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gebildeten „Wirtschaftsrates der nordfriesischen Inseln“ und mit Bürgermeister Reinefarth federführend beim „Programm zur Steigerung der Wirtschaftskraft auf den nordfriesischen Inseln“ tätig. Alle seien bemüht, die verschiedenen Wirtschaftsprogramme zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. „In alle diese Anstrengungen hinein platzt Ihre, in Verantwortungslosigkeit gegenüber 20.000 um ihre Existenz ringenden Menschen, kaum vorstellbare Aufforderung zum wirtschaftlichen Boykott der Insel!“⁴⁹

Der Kurdirektor findet, dass die Diffamierungen in dem Artikel „Von Warschau nach Westerland“ nicht nur den Rahmen jedes menschlichen Taktessprengen, „sondern (...) in dieser Form auch eine Gefahr unserer noch jungen Demokratie“ darstellten.⁵⁰ Er fordert zu einer umgehenden Stellungnahme auf und schickt Kopien seines Schreibens an den DGB-Landesbezirk, den Magistrat und die Landtagsabgeordneten sowie den Fraktionsvorsitzenden der SPD, Wilhelm Käber. Man merkt zwar, wie der Kurdirektor sich in Rage geschrieben hat, aber er schießt weit über das Ziel hinaus, wenn er in der Kritik der Gewerkschaften ein Problem für die Demokratie sieht und nicht darin, dass Westeralands Bürgermeister ein SS-General und hoher NS-Funktionär gewesen war. Eine völlige historische Unkenntnis über den Warschauer Aufstand offenbart er ebenfalls.

47 Vgl. Marti: Fall, S. 55–66.

48 Schreiben des DGB-Vorsitzenden Walter an den DGB-Südtondern vom 20. April 1956, DGB-Ortsausschuss, Kreisarchiv Nordfriesland. Der NGG-Hauptvorstand hat sich nicht mit dem Fall Reinefahrt beschäftigt, Protokolle des geschäftsführenden Hauptvorstandes aus dem Jahr 1956 gibt es nicht mehr.

49 Alle Zitate: Schreiben von Kurdirektor Petersen an die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten in Hamburg vom 13. April 1956, Kopie in der Akte DGB-Ortsausschuss, Kreisarchiv Nordfriesland.

50 Ebd.

Gewerkschaft rudert zurück

Dennoch rudert die NGG zurück und der DGB-Landesbezirksvorsitzende Wilhelm Walter bemüht sich intern erfolgreich darum, einen Nachdruck des Nätischer-Artikels in der „Welt der Arbeit“ des DGB oder anderen Gewerkschaftszeitungen zu stoppen.

In der Ausgabe Nr. 9 der „Einigkeit“ erscheint auf der Seite 3 gut sichtbar über dem Aufruf des DGB zum 1. Mai folgende Berichtigung:

„Von Warschau nach Westerland“

Unter dieser Rubrik brachte die *Einigkeit* Nr. 7 vom 1.4.56 eine Meldung, wonach der Bürgermeister von Westerland, Reinefarth, SS-Gruppenführer und Polizei-General, für die Unterwerfung des Aufstandes im Warschauer Getto 1943 verantwortlich war. Herr Reinefarth teilt uns mit, dass er erst im August 1944 nach Warschau gekommen sei, also an der Niederschlagung des Aufstandes 1943 nicht teilgenommen hat. Damit entfällt die an unsere Mitglieder gerichtete Empfehlung den Kurort Westerland zu meiden.“

Nicht ganz ungeschickt formuliert und gesichtswahrend für die Gewerkschaft stellen die Redakteure nunmehr den Ghettoaufstand in den Mittelpunkt, an dem Reinefarth tatsächlich nicht beteiligt gewesen war. Allerdings war in dem ursprünglichen Artikel vom Aufstand der Warschauer Bevölkerung die Rede, dieser wurde nur fälschlicherweise ins Jahr 1943 verlegt.

Die Städtische Kurverwaltung erhält von Hans Nätischer eine Antwort, die ziemlich schmalbippig klingt. Er weist darauf hin, dass die „Einigkeit“ grundsätzlich nur Mitgliedern unentgeltlich zugestellt werde und keine Zeitung im Sinne der öffentlichen Presse sei. „Deshalb ist auch die von Ihnen beanstandete Notiz anders zu bewerten und kann von einer Aufforderung zum öffentlichen Boykott keine Rede sein.“⁵¹

Die Quelle für die Mitteilung sei eine bekannte Tageszeitung gewesen, man könne die Angaben zurzeit nicht überprüfen, aber auch nicht diejenigen, die der Kurdirektor gemacht habe. „Müßig ist es, darauf hinzuweisen, dass die Gewerkschaften allen Grund haben, sich gegen die offizielle Tätigkeit und die Übertragung von Funktionen amtlicher Natur an „alte Kämpfer“ – und das war Herr Reinefarth – zu wenden. Wir können uns nicht vorstellen, dass die von Ihnen erwähnte junge Demokratie von diesen Kräften gefördert werden könnte.“⁵²



Artikel aus der Zeitschrift „Einigkeit“ der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten vom 1. April 1956.

51 Schreiben der NGG-Hauptverwaltung an die städtische Kurverwaltung vom 25. April 1956, Abschrift in DGB-Ortsausschuss, Kreisarchiv Nordfriesland.

52 Ebd.

Die GewerkschaftskollegInnen in Westerland sind nicht zufrieden. Denen hat Hans Nätscher gar nicht geantwortet und die geforderten Unterlagen wurden auch nicht zur Verfügung gestellt. „Von den Gauvertretern wurde die Angelegenheit bagatellisiert“. Aber immerhin sei die Notiz in der „Einigkeit“ dementiert worden. Etwas resigniert bleibt die Feststellung, „daß die Einwirkungsmöglichkeiten des DGB auf die einzelnen Gewerkschaften doch eine beschränkte ist“.⁵³ Eine nochmalige Rücksprache des DGB-Vorsitzenden Wilhelm Walter mit Hans Nätscher ergibt denn auch, dass dieser nicht bereit ist, zu seiner bereits gemachten Erklärung noch eine weitere herauszugeben.⁵⁴

Bürgermeister Heinz Reinefarth bekommt die Berichtigung zugesandt, mit der er jetzt eigentlich zufrieden sein könnte. Die regionale Öffentlichkeit hat keine Kenntnis von den Vorgängen, die Sylter Rundschau hat nicht berichtet. Dennoch stellt er gemeinsam mit dem Magistrat der Stadt Westerland am 28. Juni 1956, also fast zwei Monate nach Erscheinen der Berichtigung in der „Einigkeit“, Strafanzeige wegen Beleidigung gegen Hans Nätscher als Vorsitzenden der NGG und den Redakteur Wilhelm Sprenger. Dem stimmen auch die beiden SPD-Mitglieder zu, weil Reinefarth ja nachweislich nicht an der Niederschlagung des Ghettoaufstandes teilgenommen hat.⁵⁵ Einer von ihnen ist Nikolaus (im Folgenden: Niko) Ehlers, der unter den Nazis aus dem Postdienst entlassen und wegen kritischer Äußerungen denunziert

und verhaftet wurde. Nach strenger Einzelhaft in Kiel war er trotz eines gerichtlichen Freispruchs drei Jahre lang im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Weil er fließend dänisch sprach, wurde er im Rahmen der Bernadotte-Mission, mit der skandinavische KZ-Häftlinge befreit wurden, gerettet und kam nach Dänemark.⁵⁶ Nach dem Krieg kehrte er auf die Insel zurück und engagierte sich in der SPD. Er wurde Kreisvorsitzender in Südtondern, Kreistagsabgeordneter und Westerland Stadtrat.



Wilhelm Sprenger, Redakteur der „Einigkeit“ und mitverantwortlich für die Serie „Augen rechts“. (Foto: DGB/AdsD, Signatur 6/FOTA200752)

53 Protokoll der Ortsausschußsitzung am 22. April 1956, Kreisarchiv Nordfriesland.

54 Vgl. Notiz, abgezeichnet von Heinz Kroll am 27. Juni 1956 in der Akte DGB-Ortsausschuss, Kreisarchiv Nordfriesland.

55 Das ergibt sich aus einem Protokoll des SPD-Vorstandes vom 16. Januar 1958, Sylter Archiv.

56 Vgl. SPD-Geschichtswerkstatt: Nikolaus Ehlers. URL: www.spd-geschichtswerkstatt.de/wiki/Nkoluas_Ehlers (zuletzt aufgerufen: 16.12.2021); Nachruf aus „Schleswig-Holstein-Post“ Der Weckruf, Februar 1959.

Das Verfahren wird in Hamburg geführt und endet mit einer Erklärung, die die beiden Beschuldigten auf Vorschlag der Gegenseite abgeben müssen:

„(...) Die Veröffentlichung in der Zeitschrift „Einigkeit“ Nr. 7 vom 1. April 1956 Seite 83 über Herrn Oberbürgermeister Heinz Reinefarth, Westerland/Sylt, beruht, wie wir uns überzeugt haben, auf einer falschen Information. Wir bedauern daher Form und Inhalt dieses Artikels und insbesondere den Ausdruck ‚Massenmörder‘. Etwa entstehende Verfahrenskosten übernehmen wir.“⁵⁷

Daraufhin werden die Strafanträge von Reinefarth und dem Magistrat am 17. Dezember zurückgenommen, und das Verfahren wird im Januar 1957 eingestellt. – Nicht besonders gut gelaufen für die Gewerkschafter der NGG. Sie sind die ersten, die sich nach der Wahl des Bürgermeisters kritisch mit seinen Verbrechen in Warschau auseinandersetzen. Der ehemalige SS-General Reinefarth aber setzt auf die allgemeine Unkenntnis der Öffentlichkeit über die Aufstände in Warschau 1943 und 1944. Er droht trotz der von ihm verantworteten Massenverbrechen mit Verleumdungsklagen und stellt Strafanzeigen. Basis dafür sind abstruse Selbstentlastungen der „Ehemaligen“ und Entnazifizierungsverfahren, in denen ein Massenmörder wie er am Ende als „Entlasteter“ und sogar als Widerstandskämpfer eingestuft wurde.



SPD-Stadtrat Nikolaus Ehlers, der sich in seiner Fraktion vehement für eine Beurlaubung Reinefarths einsetzte – und damit scheiterte. (Foto: Marianne Brinch Nielsen, Tochter von Niko Ehlers)

SPD: Die Mehrheit ist für Reinefarth

Für Heinz Reinefarth ist der Zwischenfall nun abgehakt. Aber der vermeintliche Erfolg erweist sich als Pyrrhussieg, denn zur Ruhe wird er in den folgenden Jahren nicht mehr kommen. Er wird 1957 erneut einstimmig ins Bürgermeisteramt gewählt und für den BHE 1958 auch in den Schleswig-Holsteinischen Landtag. Aber im gleichen Jahr wird ein DDR-Film „Urlaub auf Sylt“ des Ehepaars Thorndike gezeigt, der Archivmaterial des Warschauer Aufstandes mit Aufnahmen des Westerländer Bürgermeisters vermischt. Das ruft die überregionale Presse auf den Plan und auch „Der Spiegel“ berichtet. Dort meldet sich der Rechtshistoriker Hans Thieme in einem Leserbrief zu Wort und schildert seine Begegnung mit Reinefarth in Warschau 1944. Vor allem erinnert er sich an dessen Sätze von der zu knappen Munition, die für die Zivilbevölkerung leider nicht ausreichte. Die Diskussion darüber zerreißt die Westerländer SPD.⁵⁸

57 Das Verfahren wurde unter dem AZ 14a Js 1213/56 bei der Staatsanwaltschaft Hamburg geführt, die Akte ist nicht mehr vorhanden. Das Verfahren wird aber in einem Bericht von Oberstaatsanwalt Biermann an den schleswig-holsteinischen Justizminister Leverenz vom 3. Juli 1958 erwähnt und zitiert, LASH Abt. 354 Nr. 11223.

58 DER SPIEGEL, Nr. 2/1958. Der Vorgang war für den Umgang der SPD mit der NS-Vergangenheit nicht untypisch. Vgl. hierzu: Kristina Meyer: Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945–1990. Göttingen 2015.

Reinefarth erstattet Strafanzeige wegen Beleidigung, übler Nachrede und Verleumdung gegen Thieme und teilt dies dem Magistrat mit. Darüber kommt es zu einem heftigen Schlagabtausch. Niko Ehlers findet, dass der Magistrat sich nicht anschließen sollte und: „... wenn der Bürgermeister noch einen Funken Ehrgefühl im Leibe habe, müßte er einen Antrag auf Beurlaubung stellen. Tue er das nicht, dann würde er, Stadtrat Ehlers, sich beurlauben lassen, da er vor Klärung der Angelegenheit nicht mit dem Bürgermeister zusammen arbeiten könne.“ Die Magistratsmitglieder wollen über Strafantrag und Beurlaubung in ihren Fraktionen beraten und danach in einer „dringenden vertraulichen“ Stadtvertretersitzung entscheiden.⁵⁹

Die Sozialdemokraten – Fraktion und Vorstand – treffen sich zwei Tage später. Heinz Kroll, Hans Petersen und Ernst-Wilhelm Stojan⁶⁰ sowie ein Vertreter des SPD-Landesverbandes nehmen teil. Gewerkschafter Hans Wilkens ist nicht mehr dabei, weil er aus dem Kreis Südtondern verzogen ist. Niko Ehlers berichtet:

„... Reinefarth habe bis zum letzten Augenblick zum engsten Führungsstab einer Verbrecherorganisation gehört und sei nach dem Kriege mit seiner Wahl zum Bürgermeister bald zum Hüter der demokratischen Grundrechte berufen worden. Man wisse, daß ihn zwei Gerichte freigesprochen hätten, aber ein Dr. Thieme sei nicht Zeuge gewesen, wie Reinefarth habe zugeben müssen. Thiemes Ausführungen seien so niederschmetternd, und das Ganze sei keine rein juristische, sondern eine moralische, hochpolitische Angelegenheit. Er selbst (Ehlers) habe zu vergessen versucht, aber nun sei alles Erlebte wieder lebendig geworden, alles wieder neu in ihm aufgebrochen.“⁶¹

Niko Ehlers erwartet vom Bürgermeister, dass er Anzeige gegen Thieme erstattet und sich bis zu einem Urteil von seinem Amt beurlauben lässt. Das findet zwar die Unterstützung der Landespartei, aber nicht der Sozialdemokraten vor Ort. Denn hier ist man überzeugt, dass Reinefarth ein anständiger Kerl sei und hält Thiemes Anwürfe für eine Bagatelle und noch keinen Schuldbeweis. Eine Beurlaubung müsse den Eindruck erwecken, man wolle den Bürgermeister fallen lassen.

Der Vertreter des SPD-Landesverbandes, Schulz, berichtet, dass Oppositionsführer Wilhelm Käber in der nächsten Landtagssitzung die Anfrage an die Regierung stellen werde, was diese zu tun gedenke, falls Reinefarth bis dahin nicht freiwillig seine Beurlaubung betreiben habe.

Ernst-Wilhelm Stojan beruft sich auf den formalen Schutz durch das Beamtengesetz und befürchtet spätere Schadensersatzansprüche gegen die Stadt. Dem widerspricht Richard Langer, „die Angelegenheit sei nicht mit dem Diebstahlsverdacht silberner Löffel zu vergleichen“. Stojan fragt Ehlers, warum dieser bei den alten Angriffen in der Gewerkschaftspresse die Ab-

59 Protokoll Magistratssitzung am 14. Januar 1958, Sylter Archiv.

60 Ernst-Wilhelm Stojan (1926–2018) war von 1959–1994 Stadtvertreter in Westerland und von 1964–1982 Landtagsabgeordneter für die SPD. Stojan wird 1944 NSDAP-Mitglied. Uwe Danker und Sebastian Lehmann-Himmel (Landespolitik mit Vergangenheit. Husum 2017) gehen von Freiwilligkeit aus, weisen aber auch auf Druck hin, der von der Hitler-Jugend ausging. In Stojans Entnazifizierungsbogen findet die Mitgliedschaft keine Erwähnung. Nach Aussagen Sylter Freunde hat er sie bis zuletzt bestritten. Stojan hat sich immer als Widersacher von Reinefarths gesehen. Vgl. Tagesspiegel vom 2. August 2014; SPD-Geschichtswerkstatt: Ernst-Wilhelm Stojan. URL: www.spd-geschichtswerkstatt.de/wiki/Ernst-Wilhelm_Stojan (zuletzt aufgerufen: 10.7.2023).

61 Zusammengefasst nach Protokoll Vorstand, Beisitzer und Fraktion der SPD vom 16. Januar 1958, Sylter Archiv.

wehr im Magistrat unterstützte – und gibt zu Protokoll: Ehlers hätte eine persönliche Aussprache mit dem Bürgermeister führen müssen, denn „als selbst NS-Geschädigter konnte er die Angelegenheit ruhiger anfassen“.⁶² Auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Tamblé⁶³ sei der Meinung, man solle sich der Klage anschließen, „wenn es dem Bürgermeister helfe.“ Für Hans Petersen geht es auf Landesebene darum, die „großpolitischen Aspekte zu sehen“ und vielleicht um die Zerschlagung des BHE. „Für uns geht es um einen Menschen und um das Recht. Reinefarth habe zwei Freisprüche in der Tasche, und dagegen stände nur die Beschuldigung in einem Leserbrief.“

Die Stimmung ist angespannt und geprägt von Vorwürfen und Unterstellungen. Nico Ehlers fühlt sich als Angeklagter. Er scheint sich mit seiner Argumentation, dass es hier nicht nur um eine rechtliche Auseinandersetzung gehe, sondern um die Frage der Moral und der politischen Gesinnung, nicht durchsetzen zu können. Nach zermürbender Diskussion wird folgender Antrag zur Abstimmung gestellt:

„Bei der besonderen Art der gegen Bürgermeister Reinefarth erhobenen schweren Beschuldigungen ist die sozialdemokratische Fraktion zwar der Meinung, daß sich der Bürgermeister von den erhobenen Verdächtigungen durch eine Klage reinigen muß, sie muß es jedoch, entsprechend der Empfehlung des Innenministers ablehnen⁶⁴, daß die Stadt sich der Klage anschließt.“

Sie würde es begrüßen, wenn der Bürgermeister bis zum Abschluß seiner Klage auf die Ausübung seiner Amtsgeschäfte verzichtet.“⁶⁵

Der erste Absatz wird angenommen, der zweite gestrichen. In der nicht öffentlichen Stadtvertretung am 29. Januar enthalten sich die Sozialdemokraten, mit elf zu fünf Stimmen schließt sich die Stadt Westerland der Strafanzeige von Reinefarth an.⁶⁶

Trotz dieses Rückschlages bleibt Ehlers in Sachen Beurlaubung unerbittlich und erhält dafür auch die Unterstützung des SPD-Oppositionsführers im Landtag, Wilhelm Käber. Vorstand, Fraktion und Ausschussmitglieder beraten erneut. Ehlers will wissen, ob die Genossen ihn unterstützen.⁶⁷

Er schäme sich heute seiner Duzfreundschaft mit dem Bürgermeister, denn der sei ein politischer Gegner und nicht mehr tragbar als Bürgermeister. Er selbst, Ehlers, glaube im Namen Tausender Märtyrer zu sprechen. Wieder wird heftig gestritten. Beide Lager stehen sich unversöhnlich gegenüber. Ernst-Wilhelm Stojan und andere ersuchen Ehlers, keinen erneuten Antrag auf Beurlaubung des Bürgermeisters zu stellen, sondern eine persönliche Erklärung abzugeben.

62 Ebd.

63 Dr. Richard Tamblé (1913–1982) war 1955–1962 Bürgervorsteher der Stadt Westerland und von 1960–1972 SPD-Bundestagsabgeordneter.

64 Es gibt keine Empfehlung des Innenministers Lemke. Er hält sich zurück und will den Ausgang von Reinefarths Klage abwarten, vgl. Marti: Fall, S. 130.

65 Protokoll Vorstand, Fraktion und Ausschussmitglieder der SPD vom 16. Januar 1958, Sylter Archiv.

66 Die Beleidigungsklage wird von der Staatsanwaltschaft Freiburg abgewiesen und Reinefarth auf den Weg der Privatklage verwiesen, den er wiederum mit Unterstützung des Magistrats beschreitet. Später wird Thieme seine Anschuldigung zurücknehmen. Vgl. Marti: Fall, S. 134ff.

67 Zusammengefasst nach Protokoll von Vorstand, Fraktion und Ausschussmitgliedern am 4. Februar 1958, Sylter Archiv.

Das kommt für ihn nicht in Frage. Immer wieder wird Ehlers vorgeworfen, an Vorstand und Fraktion vorbei gehandelt zu haben und sich jetzt auch noch bockbeinig zu stellen. Unterbezirkssekretär Lurgenstein appelliert, einen tragbaren Kompromiss zu finden und zusammenzubleiben. „Man sollte keinen Genossen allein lassen. Wenn Ehlers ausscheide, würden sich in der Öffentlichkeit Fragen erheben. Wie gedenke man diese aufzuklären?“

Die Nerven liegen blank. Im Protokoll wird festgehalten: „Gen. Ehlers wiederholte: Wenn sich die Fraktion nicht hinter ihn stelle, sei ihm die politische Basis entzogen. In der Vergangenheit habe er sich um ordentliche positive Mitarbeit bemüht. Mit dem Ausscheiden würde ihm ein Stück Leben genommen, denn im Dienste der Sache habe er sein eigenes und sein Familienleben aufs Spiel gesetzt. In großen Schlagzeilen stehe vielleicht in den Zeitungen: SPD entscheidet sich gegen einen Verfolgten und für einen SS-General.“⁶⁸ Noch vor der Abstimmung und zutiefst betroffen verlässt Niko Ehlers die Sitzung.

Die Entscheidung ist denkbar knapp: mit sechs zu fünf Stimmen bei einer Enthaltung lehnen die Sozialdemokraten eine Beurlaubung von Heinz Reinefarth ab.⁶⁹ Ehlers bekommt keinen Beistand, dennoch sollen zwei Genossen Fühlung mit ihm aufnehmen, um eine Brücke für die Rückkehr bauen. Aber das gelingt nicht mehr. Niko Ehlers tritt von allen Ämtern zurück. Er lässt sich sogar aufs Festland versetzen und arbeitet fortan in Eckernförde.

Sein Kreistagsmandat behält er zunächst. Auch dort sitzt er Reinefarth gegenüber, im Dezember kommt es zum Eklat. Der SSW hatte bereits im August beim Kreispräsidenten angefragt, ob Reinefarth, gegen den ein Ermittlungsverfahren laufe und der als Bürgermeister freigestellt sei, Abgeordneter im Kreistag bleiben könne. Reinefarth empört sich und sagt, „daß wir weit gekommen seien, wenn wir uns vor allen aus sowjetzonaler Quelle kommenden schmutzigen und gefälschten Anwürfen verkriechen würden.“ Dafür erhält er spontanen starken Beifall und so wird es auch ins Protokoll geschrieben. Dagegen wendet sich Nico Ehlers in der folgenden Sitzung und wirft Reinefarth vor, nicht zur Klärung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe beigetragen zu haben. Folglich „ist es mir nicht mehr möglich, in diesem Kreistag mit Herrn Reinefarth zusammen eine objektive Arbeit zu leisten. Ich lege deshalb unter Protest mein Kreistagsmandat nieder.“ Ehlers verlässt den Saal – weder der Kreispräsident noch die Abgeordneten reagieren.⁷⁰ Reinefarths Presseerklärung, in der er Ehlers Verleumdung vorwirft, wird in der Sylter Rundschau wörtlich abgedruckt.

Knapp zwei Wochen später hat Nico Ehlers auf der Rückfahrt nach Sylt einen Autounfall und verstirbt am 27. Dezember 1958 an den Folgen. Er wurde nur 51 Jahre alt.⁷¹

Während die Sylter treu zu Reinefarth halten und auch die Sylter Rundschau bisher keine Nachforschungen zu Reinefarths Vergangenheit angestellt hat, werden genau dazu die Fragen jetzt in der in- und ausländischen Presse immer lauter. Es kommt tatsächlich zu einem Ermittlungsverfahren, in dessen Verlauf Reinefarth im Juli 1958 selbst den Antrag auf seine Beurlau-

68 Ebd.

69 Ebd.

70 Zusammengefasst und zit. nach Berichten der Sylter Rundschau vom 27. August 1958 und 15. Dezember 1958 über die Kreistagsitzungen am 26. August 1958 und 12. Dezember 1958.

71 Vgl. SPD-Geschichtswerkstatt: Nikolaus Ehlers. URL: www.spd-geschichtswerkstatt.de/wiki/Nkoluas_Ehlers (zuletzt aufgerufen: 16.12.2021).

bung einbringt. Bereits im Oktober wird das Verfahren eingestellt, allerdings 1961 neu aufgerollt und Reinefarths Immunität als Landtagsabgeordneter aufgehoben. Es wird sich bis 1967 hinziehen. Die komplizierten Befehlsverhältnisse damals hätten keine sichere Beweislast erbracht, heißt es in der Begründung zur Einstellung auch dieses Verfahrens. Mittlerweile ist der öffentliche Druck aber so groß geworden, dass die Westerländer Stadtvertreter ihren Bürgermeister im Juli 1963 einstimmig abwählen, allerdings erst nach Intervention des Landrates und der Kommunalaufsicht des Innenministeriums.⁷²

Reinefarth lässt sich als Rechtsanwalt nieder und kämpft um seine Zulassung als Notar. Doch der Zeitgeist hat sich verändert. Das Notariat wird ihm verweigert, der schleswig-holsteinische Justizminister schreibt in seiner Begründung:

„Wenngleich feststeht, dass die gegen Sie geführten strafrechtlichen Ermittlungen einen konkreten Tatverdacht nicht ergeben haben, halte ich Sie aber unabhängig davon allein wegen Ihrer herausragenden Funktionen im nationalsozialistischen Staat zur Ausübung des öffentlichen Notaramtes für objektiv nicht geeignet.“⁷³

Als Rechtsanwalt kann Heinz Reinefarth weiterhin unbehelligt praktizieren. Er stirbt 1979 im Alter von 75 Jahren.

Lokalpolitische Nachlese

Eine Westerländer Delegation nahm 2014 am Jahrestag des Aufstandes an den Feierlichkeiten in Warschau teil. Die Idee kam auf, eine Gedenktafel zu installieren. Die sollte auf die Niederschlagung des Warschauer Aufstandes hinweisen, aber wegen der Persönlichkeitsrechte nicht den Namen Reinefarth enthalten und auf dem Friedhof aufgestellt werden. Es ist der Intervention des SPD-Stadtverordneten Gerd Nielsen zu verdanken, dass heute eine Tafel neben dem Eingang zum Westerländer Rathaus angebracht ist mit der Inschrift:

„Warschau 1. August 1944. Polnische Widerstandskämpfer stehen auf gegen die deutschen Besatzer. Das nationalsozialistische Regime lässt den Aufstand niederschlagen. Mehr als 150.000 Menschen werden ermordet, unzählige Männer, Frauen und Kinder geschändet und verletzt. Heinz Reinefarth, von 1951 bis 1963 Bürgermeister von Westerland, war als Kommandeur einer Kampfgruppe mitverantwortlich für dieses Verbrechen. Beschämt verneigen wir uns vor den Opfern und hoffen auf Versöhnung.“

An Niko Ehlers, den Verfolgten des Nazi-Regimes und Sozialdemokraten, erinnert seit dem 1. Juli 2020 ein Stolperstein vor dem Rathaus, den der Künstler Gunter Demnig gestaltet hat.

Persönliche Nachlese

Ich bin in Westerland geboren und absolvierte 1969 bis 1972 meine Ausbildung als Rechtsanwalts- und Notargehilfin in der Kanzlei Platzbecker und Reinefarth. Mein Vater hatte das

⁷² Vgl. Marti: Fall, S. 221f.; Philipp Marti: Der Fall Heinz Reinefarth: SS-General, Kriegsverbrecher, Bürgermeister, Volksvertreter. In: Uwe Danker/Sebastian Lehmann-Himmel: Landespolitik mit Vergangenheit. Husum 2017, S. 450–476.

⁷³ Bescheid des schleswig-holsteinischen Justizministers vom 11. Dezember 1969, Personalakte Reinefarth, LASH 786 Nr. 1543.

vermittelt. Er war als Gerätewart der Feuerwehr bei der Stadt angestellt und Heinz Reinefarth hatte ihn durch seine Bescheidenheit beeindruckt. Ich widersetzte mich nicht, obwohl die Vorwürfe gegen Reinefarth längst bekannt waren. Auch ich tat so, als sei nichts gewesen. Das laste ich mir bis heute an. Obwohl ich jung und unbedarft war, hätte ich eine andere Entscheidung treffen können.

Vielleicht sprach mich deshalb Ralph Giordano mit seinem 1987 erschienenen Buch „Die zweite Schuld – von der Last ein Deutscher zu sein“ so an.⁷⁴ Er kritisiert darin die fehlende Bereitschaft und den Unwillen der deutschen Öffentlichkeit, die Verbrechen der Nazis aufzuarbeiten. Er beschreibt auch die vielen politischen Entscheidungen, die es Tätern und Mittätern möglich machten, nach 1945 wieder in hohe Ämter der demokratischen Institutionen Einzug zu halten. Unser Wegsehen und Nichtwissenwollen erleichterte auch die Nachkriegskarriere von Heinz Reinefarth. Über diese „Zweite Schuld“ sollten wir immer wieder nachdenken.

Kein schleswig-holsteinischer Historiker, sondern Phillip Marti aus der Schweiz, machte sich die Mühe, die Biografie von Heinz Reinefarth zu recherchieren und darüber eine Dissertation zu schreiben. Danach war klar: Er war einer der großen Kriegsverbrecher des Zweiten Weltkrieges gewesen. Die Gewerkschaft NGG müsste ihre Behauptung, Reinefarth sei ein Massenmörder, heute nicht mehr zurücknehmen. Sie sprach damals völlig zu Recht vom „Schlächter von Warschau“.

74 Vgl. Ralph Giordano: Die zweite Schuld – oder – Von der Last, Deutscher zu sein. Hamburg/Zürich 1987.